

Antragsteller: Rolf und Marvin

Die Mitgliederversammlung der Jusos Pankow möge beschließen:

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Jusos-Bundeskongress möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Act smart – get safe: Gerätehersteller verpflichten, Verbraucher*innen schützen!

Immer mehr Geräte verfügen über eine Internetanbindung, egal ob PCs, Smartphones, Tablets, Wearables, Smart-TVs oder smarte Haushaltsgeräte, wie Kühlschränke. Wenn alles mit jedem kommuniziert, kommt dem Aspekt der Geräte-Sicherheit eine besondere Rolle zu. Während bei Computern regelmäßige Sicherheitsupdates bei den gängigen Betriebssystemen (Windows, MacOS, Linux) mittlerweile die Regel sind, stellt sich die Situation bei den anderen internetfähigen Geräten, insbesondere bei Smartphones, problematischer dar. So laufen Medienberichten zufolge beispielsweise 90% aller Android-Geräte mit veralteter Software. Die Ursache liegt dabei in erster Linie nicht beim User, denn viele Hersteller bieten notwendige Sicherheitsupdates entweder gar nicht, nur in unregelmäßigen Abständen oder nur für ihre aktuellsten Geräte an.

Leidtragende sind die Nutzer*innen, denn die von ihnen verwendeten Geräte können auf unterschiedlichste Art und Weise angegriffen werden. Da auf Mobilgeräten vielerlei persönliche Daten zusammenlaufen (E-Mail, Banking, Social Media, Fotos), sind die Auswirkungen möglicher Attacken enorm.

Dies ist vermeidbar! Hierzu müssen die Hersteller Sicherheitsupdates kontinuierlich bereitstellen. Am Beispiel des Android-Betriebssystems lässt sich feststellen, dass Google notwendige Updates bereitstellt, diese jedoch nur von wenigen Herstellern an die Nutzer*innen weitergegeben werden. Google bemühte sich zwar, die Hersteller zu einem Umdenken zu bewegen. Diese Bemühungen hatten jedoch keinen Erfolg.

Da nicht zu erwarten ist, dass sich diese Situation ohne Eingreifen der Politik verbessern wird, muss der Gesetzgeber zum Wohle der Verbraucher*innen tätig werden und die kontinuierliche Versorgung mit Sicherheitsupdates gegenüber den Herstellern durchsetzen. Die Hersteller müssen verpflichtet werden, die Updates für die auf den Geräten eingesetzten Softwareversionen uneingeschränkt an die Nutzer*innen weiterzugeben.

Aufgrund der Schnelllebigkeit der heutigen Technologie sind Updates über einen unbegrenzten Zeitraum jedoch nicht sinnvoll umzusetzen. Deshalb müssen für die verschiedenen Gerätegattungen jeweils verbindliche Zeiträume durch den Gesetzgeber festgelegt werden, in denen eine kontinuierliche Versorgung mit Softwareupdates durch die Hersteller sichergestellt sein muss.

Grundlage für die Festlegung einer Mindestunterstützung mit Sicherheitsupdates könnte die jeweilige durchschnittliche Nutzungsdauer der Geräte sein. So wird ein Smartphone im Schnitt 2,5-3 Jahre verwendet. Die Versorgung mit Sicherheitsupdates soll deshalb einen entsprechenden Zeitraum ab Kauf keinesfalls unterschreiten. Kühlschränke jedoch werden in der Regel 7 Jahre verwendet und sollen durch die Hersteller über einen entsprechenden Mindestzeitraum ab Kauf aktualisiert werden, sofern sie internetfähig sind.

Da in Zeiten von Hackerangriffen die Gerätesicherheit auch ein Kaufargument für Verbraucher*innen ist, sollen Hersteller verpflichtet werden, ihre Unterstützung mit Sicherheitsupdates transparent vor Kauf darzulegen, beispielsweise durch eine Kennzeichnungspflicht nach dem Vorbild der europäischen Energieverbrauchskennzeichnung. Die Ausweisung der zeitlichen Dauer der Unterstützung gibt den Herstellern überdies die Möglichkeit, sich gegenüber Wettbewerber*innen positiv hervorzuheben. Dies kann perspektivisch zu einer längeren und damit nachhaltigeren Nutzung der Geräte führen.

Es ist sicherzustellen, dass nur Geräte in den Verkehr gebracht werden dürfen, die diese Anforderungen erfüllen. Halten die Hersteller ihre Verpflichtungen nach Kauf nicht ein, sollen sie wirksam in Regress genommen werden können. Hierfür sind entsprechende Regelungen mit empfindlichen Strafen auf europäischer Ebene zu schaffen.

Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament auf, entsprechend tätig zu werden.

Begründung:

Siehe oben. Weiterführende Begründung erfolgt mündlich.